

Mitteilung für die Presse:

Abschluss des Forschungsprojektes  
„Stadtteilstrategien gegen Armut und Benachteiligung“  
mit dem Buch

**Rolf Prigge, René Böhme:**  
„*Soziale Stadtpolitik in Dortmund, Bremen und Nürnberg*“  
jetzt erschienen im Kellner-Verlag Bremen

Universitätsallee 21-23  
28359 Bremen  
Telefon: (0421) 218-61716

Bremen, 03.12.12

### ***Soziale Spaltung, Armut und Chancengerechtigkeit als politische Herausforderungen der Großstädte!***

Die deutschen Großstädte stehen aufgrund veränderter Lebensstile, der sozialräumlichen und gesellschaftlichen Polarisierung sowie einer Verfestigung von Armut vor enormen sozialen Herausforderungen. In einer durch die Arbeitnehmerkammer Bremen finanzierten vergleichenden Studie des Instituts Arbeit und Wirtschaft der Universität Bremen wurde von Rolf Prigge und René Böhme am Beispiel der Großstädte Dortmund, Bremen und Nürnberg untersucht, mit welchen Politikansätzen und sozialintegrativen Strategien die Städte auf diese Herausforderungen reagieren.

Nach der Studie gibt es einerseits Anzeichen für eine neue Attraktivität der Städte (Reurbanisierung), weil in mehreren Städten die Stadt-Umland-Wanderung abnimmt. Gleichzeitig spitzt sich die Krise der Sozialen Stadt zu, weil trotz einer rückläufigen Arbeitslosigkeit die Armut weiter ansteigt und sich zunehmend in den großen deutschen Städten konzentriert. Die soziale Spaltung der Städte verfestigt sich und findet ihren Ausdruck in einer Vielzahl von Stadtteilen und Quartieren, in denen sich armutsgefährdete Lebenslagen und die damit einhergehenden Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wohnen und der sozialen Infrastruktur konzentrieren. Eine besonders große Herausforderung stellt dabei die Kinderarmut dar. 2011 lebten in Bremen 31,1 Prozent, in Dortmund 30,8 Prozent und in Nürnberg 22,1 Prozent der Kinder unter drei Jahren zusammen mit ihren Eltern von Hartz IV-Leistungen (SGB II)!

### **Merkmale und Strategien der Sozialen Stadtpolitik**

Die Studie weist nach, dass die Großstädte auf diese Herausforderungen mit dem neuen Politiktyp der Sozialen Stadtpolitik reagieren. Die Soziale Stadtpolitik setzt ressortübergreifende (integrierte), auf den Ortsteil als Sozialraum orientierte und auf mehr Beteiligung der Bürger ausgerichtete Politik- und Verwaltungsreformen voraus. Diese sollen die Teilhabechancen von Menschen in armutsgefährdeten Lebenslagen, von Familien und Kindern verbessern. Bei der Entwicklung und Umsetzung der Sozialen Stadtpolitik spielen nach der Studie zwei Ansätze („Schlüsselstrategien“) eine zentrale Rolle:

a) Mit dem Strategieansatz **„Soziale Stadtteilentwicklung und quartierbezogene Armutsprävention“** werden die Teilstrategien „Lokale Programme zur Sozialen Stadt“, „Quartierszentren“ und „Sozialpässe für bedürftige Bürger“ gebündelt, um die benachteiligten Stadtteile und Quartiere zu stabilisieren und den Menschen in armutsgefährdeten und prekären Lebenslagen Beteiligungsangebote zu machen. Auf diese Weise werden Armutsfolgen in den Stadtteilen und Quartieren gemildert, ohne die gesamtgesellschaftlichen Ursachen ausräumen zu können.

b) Mit dem Strategieansatz **„Ausbau der sozialen Infrastruktur und familien- und kindbezogene Armutsprävention“** wird eine Betreuungskette aufgebaut, die aus den „Frühen Hilfen für gera-

de geborene Kinder“, dem „Ausbau der Kindertagesbetreuung“ und dem „Ausbau des ganztägigen Lernens im Grundschulbereich“ besteht. Es werden so Teilhabechancen für Kinder und deren Eltern geschaffen, indem sie Unterstützung und Bildung möglichst von Geburt an, in der Kindertagesbetreuung und in den Schulen erfahren. Voraussetzung dafür ist, dass die Eltern sozusagen einen Teil ihrer Erziehungsfunktion öffentlichen Einrichtungen überlassen, denen sie vertrauen.

Bei der Entwicklung und Umsetzung der für eine Soziale Stadtpolitik notwendigen Politik- und Verwaltungsreformen stoßen die Großstädte jedoch auf große Schwierigkeiten und Widerstände. So kommt es besonders darauf an,

- die Politikpfade der Stadtentwicklung, der Bildungs- und Schulpolitik, der lokalen Sozialpolitik und der lokalen Demokratie wirksamer miteinander zu koordinieren,
- angesichts knapper Haushaltsmittel die notwendige Finanzierung sicherzustellen,
- durch eine soziale Stadtteilentwicklung für einen sozialen Ausgleich zwischen den Stadtteilen zu sorgen und
- die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu erweitern.

Dabei kann sich der Einfluss der Bundespolitik als förderlich, als unzureichend oder gar restriktiv erweisen (vgl. die investive Förderung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung und die Kürzung des Programms „Soziale Stadt“ durch den Bund).

### ***Bremen im Vergleich mit Dortmund und Nürnberg***

Die Studie bietet für Bremen interessante Vergleichsoptionen. Zum einen zeigt sich, dass Bremen zu den Großstädten gehört, die engagiert eine Soziale Stadtpolitik zugunsten benachteiligter Ortsteile betreiben. Als beispielhaft gelten unseres Erachtens das Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“, die Vielzahl der Quartierzentren, die sozialräumliche Orientierung des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes sowie die zahlreichen Angebote der Bürgerbeteiligung in den Ortsteilen. Die nachfolgende Übersicht verdeutlicht, dass der Großstädtevergleich viele Anhaltspunkte dafür liefert, wie Bremen seine Soziale Stadtpolitik weiterentwickeln und verstärken könnte:

1. Bremen ist im Vergleich der drei untersuchten Großstädte diejenige, in denen die **soziale Spaltung besonders stark ausgeprägt** ist. Dies kommt einerseits in einer Konzentration von sehr hohen Einkommen und Vermögen und andererseits in einer der höchsten Kinderarmutsquoten der deutschen Großstädte zum Ausdruck. Trotzdem gibt es in Bremen bisher **keine zentrale zuständige Stelle für Armutsprävention** und **kein politisches Gesamtkonzept** zur Armutsbekämpfung. In Dortmund und Nürnberg werden politische Konzepte und Strategieansätze in regelmäßigen **trägerübergreifenden Armutskonferenzen** stadtoffen diskutiert und von den Oberbürgermeistern beider Städte politisch verantwortet. Die Zusammenarbeit der Bereiche Bildung und Soziales ist in Bremen in vielen Bereichen noch zu oft mangelhaft. In Dortmund wurden die **Fachbereiche Schule, Kinder und Jugend** in einem Dezernat 7 zusammengelegt. Durch die **Bestimmung von Sozialraumbeauftragten** für bestimmte Entwicklungsgebiete könnte, wie in Dortmund oder Nürnberg geschehen, die Berücksichtigung der lokalen Bedarfe bei gesamtstädtischen Planungen verbessert werden.
2. Die Stadt Nürnberg steuert mit dem „**Nürnberg-Pass**“ ein integriertes System, mit dem sowohl konkrete Armutspräventionsmaßnahmen (Teilhabeleistungen für Kinder, Energieberatung, Alphabetisierungskurse), aber auch Ermäßigungen für kommunale Angebote, Leistungen freier Träger oder privater Anbieter (z. B. Rabatte in Apotheken) in Anspruch genommen werden können. Durch diese Ausgestaltung und die hohe Inanspruchnahme hat der „Nürnberg-Pass“ Vorbildcharakter. Die Leistungen des Bildungs- und

Teilhabepakets können mit Hilfe des „Nürnberg-Passes“ in Anspruch genommen werden. In Bremen sind Ermäßigungen für Menschen in Armutslebenslagen Aufgabe der einzelnen Ressorts. Diese haben dann jeweils eigene Verfahren (Kulturticket, Stadtticket, Blaue Karte) entwickelt, welche für die Bürger/-innen mit **hohen bürokratischen Hürden** einhergehen.

3. Die Angebote der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und 3- bis 6-jährige Kinder sind in Bremen bislang nicht konsequent genug auf die Erfordernisse der Armutsprävention ausgerichtet. Es mangelt an **Ganztagsangeboten** und an einer **guten Versorgungslage in den von Armutslebenslagen geprägten Quartieren** und Ortsteilen. Kinder mit Migrationshintergrund können in Nürnberg deutlich längere Betreuungszeiten in Anspruch nehmen als in Bremen. Eine konsequente **Besserstellung von Kindertagesstätten in sozial benachteiligten Quartieren** wird in Nürnberg und Dortmund mit dem **Ansatz der Familienzentren** unterstützt. Bremen verharrt diesbezüglich in ersten Modellversuchen. Während in Nürnberg und Dortmund der Ausbau der Kindertagesbetreuung **ortsteil- und quartiersbezogen beplant** wird, agiert Bremen hier bisher nur auf der höheren Stadtteilebene. Das zu knappe Angebot für Familien in Armutslebenslagen (z. T. mit mehreren Kindern) führt dazu, dass viele dieser Kinder in Bremen eine zu späte oder gar keine Förderung erfahren. Der **Umfang der Sprachförderung** ist nach einem Vergleich mit Bayern und Nordrhein-Westfalen in Bremen noch viel zu gering und muss erweitert werden. Der Vergleich der drei Städte zeigt, dass in Bremen die Bedarfsermittlung und **Steuerung der Kindertagesbetreuung** unbedingt auf eine neue Grundlage gestellt werden muss.
4. Die **Angebote ganztägigen Lernens im Grundschulbereich** müssen aufgrund des Ausbautempos anderer Großstädte in unseren Untersuchungsstädten **weiter ausgebaut** werden. Einen Stillstand kann Bremen sich nicht leisten. Dortmund hat mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen die Angebote ganztägigen Lernens in den benachteiligten Ortsteilen und Quartieren zügig vorangebracht. In Bremen müssen die nächsten Ausbauschritte die Ortsteile betreffen, die von Armutslebenslagen geprägt sind und bislang in der Planung aber unzureichend berücksichtigt wurden. **Hortplätze** stehen in Bremen aufgrund des Aufnahme- und Betreuungszeitenortgesetzes **praktisch nur Erwerbstätigen zur Verfügung**. Diese Rahmenbedingungen verschärfen die soziale Selektion und beeinträchtigen die Teilhabechancen von Kindern in Armutslebenslagen.
5. Für Bremen liegen gute und sozialräumlich **hoch ausdifferenzierte Erkenntnisse über die Konzentration von Armutslebenslagen** vor. Der Armuts- und Reichtumsbericht des Senats, der Bildungsbericht sowie die Berichte zur sozialen Lage der Arbeitnehmerkammer liefern klare Erkenntnisse über die soziale Spaltung und Verfestigung von Armut sowie die damit einhergehende Benachteiligung von Bevölkerungsgruppen. Der Städtevergleich mit Dortmund und Nürnberg zeigt, dass der Stadtstaat Bremen seine politischen Handlungsspielräume bisher nicht konsequent genug für die **Bekämpfung der Bildungs- und Kinderarmut** nutzen konnte. Die vorhandenen Handlungsspielräume könnten durch eine **stärkere ressortübergreifende Anlage** von Programmen und Maßnahmen effektiver ausgeschöpft werden, statt eine unüberschaubare Vielzahl wenig koordinierter und finanziell nur gering ausgestatteter Einzelstrategien zu verfolgen.

#### **Autorenkontakt für Rückfragen:**

Rolf Prigge, Telefon (0421) 218-61716; E-Mail: rprigge@iaw.uni-bremen.de

René Böhme, Telefon (0421) 218-61722; E-Mail: rboehme@iaw.uni-bremen.de

## Tabellenverzeichnis

<b>Tabelle 1:</b> Indikatoren und Werte im Bereich Demografie und Haushalt .....	5
<b>Tabelle 2:</b> Indikatoren und Werte im Bereich soziale Integration.....	5
<b>Tabelle 3:</b> Indikatoren und Werte im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung .....	6
<b>Tabelle 4:</b> Indikatoren und Werte im Bereich kommunaler Aufgaben .....	6
<b>Tabelle 5:</b> Armutsquoten und SGB II-Hilfequoten unter 3-Jähriger in deutschen Großstädten.....	7

Die nachfolgenden Tabellen enthalten das wesentliche quantitative Datenmaterial, welches den Fallstudien zu Dortmund, Bremen und Nürnberg zu Grunde liegt.

**Tabelle 1** listet dabei Indikatoren im Bereich Demografie und Haushalt auf. Hier sind die Entwicklung und Prognose der Bevölkerungszahlen ablesbar. Des Weiteren werden Daten zum Anteil der Bewohner/-innen mit Migrationshintergrund und zum Anteil von Personen unter 18 bzw. über 65 Jahren gemacht. Abschließend werden Steuereinnahmen und Schulden je Einwohner gegenübergestellt.

**Tabelle 2** enthält Indikatoren und Werte im Bereich soziale Integration. Hier werden Arbeitslosenquote, SGB II-Quote und Armutsquote der drei Städte zum Stand 2011 und im Verlauf von 2005-2011 dargestellt. Zudem enthält die Tabelle die Daten zur Wahlbeteiligung in den drei Städten bei Kommunal-, Landes- und Bundestagswahlen.

**Tabelle 3** zeigt wesentliche Indikatoren und Werte im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung auf. Der Fokus liegt hierbei auf den Angaben zu den Beschäftigten- und Erwerbsquoten sowie den Schwerpunkten der wirtschaftlichen Tätigkeiten in den drei Wirtschaftssektoren. Darüber hinaus wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner verglichen.

**Tabelle 4** weist v. a. Leistungsmerkmale der Kindertagesbetreuung, des ganztägigen Lernens im Grundschulbereich und der Schulabschlüsse aus. Anzumerken ist, dass die Daten der Kinderbetreuung zum Stand des Frühjahrs 2011 sind und mittlerweile durch intensive Ausbauanstrengungen erhöht werden konnten. Dennoch gibt es v. a. in Bremen noch eine hohe Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Bundesamts und dem Bremer Sozialressort. Ursache hierfür liegt u. a. darin, dass die Bundesstatistik die Spielkreise als keine vollwertigen Betreuungsangebote anerkennt und diese somit statistisch nicht berücksichtigt.

**Tabelle 5** vergleicht die 15 größten Städte hinsichtlich der Armutsquote und Kinderarmutsquote anhand des Anteils der Kinder unter 3 Jahren im Leistungsbezug nach dem SGB II. Bremen landet dabei jeweils im unteren Drittel der betrachteten Großstädte.

**Tabelle 1: Indikatoren und Werte im Bereich Demografie und Haushalt**

	Dortmund	Bremen	Nürnberg
1. Einwohner	578.126	546.946	504.700
2. Bevölkerungsentwicklung 2005-2011	-1,3%	+0,0%	+2,0%
3. Bevölkerungsprognose 2008-2025	-5,7%	-2,5%/+2,9%	+3,7%/-0,4%
4. Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund	28,5%	28,1%	39,5%
5. Anteil der Bewohner unter 18 Jahren/über 65 Jahren	16,2%/20,8%	15,0%/21,3%	14,9%/20,9%
6. Steuereinnahmen je Einwohner	624,80€	812,10€	889,50/1167,66€
7. Schulden je Einwohner	2036€	10.800€	2128/3162,50€

Eigene Darstellung, Quellen Dortmund: 1/2: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik, Stand 31.12.2011; 3/6 und 7: INKAR, 2010, Stand 2008; 4: Eigene Berechnung nach Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2008; 5: Stadt Dortmund, Lebensraum Dortmund, Stand 31.12.2009; Quellen Bremen: 1/2/4/5: Statistisches Landesamt Bremen, Stand je nach Indikator Ende 2010 bis Mitte 2011; 3: Statistisches Landesamt Bremen, 2011/ INKAR, 2010, Stand: 2008; 6: INKAR, 2010, Stand 2008; 7: Holzschneider, 2011; Quellen Nürnberg: 1/2: Statistisches Landesamt Bayern, 02/2011; 3: Statistisches Landesamt Bayern, 2011/INKAR, 2010, Stand: 2008; 4: Amt für Stadtforschung und Statistik, 2011a: Menschen mit Migrationshintergrund in Nürnberg; 5: Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth, 12/2009; 6: INKAR, 2010/Industrie- und Handelskammer, 12/2009; 7: Statistisches Jahrbuch der Stadt Nürnberg 2010/INKAR, 2010.

**Tabelle 2: Indikatoren und Werte im Bereich soziale Integration**

	Dortmund	Bremen	Nürnberg
1. Arbeitslosenquote <sup>1</sup> Durchschnitt 2011	12,7%	10,2%	7,3%
2. Entwicklung Arbeitslosenquote 2005-2011	-28%	-39%	-47,5%
3. Quote der SGB II-Empfänger/-innen <sup>2</sup>	17,8%	17,0%	11,9%
4. Entwicklung SGB II-Quote 2005-2011	+2,9%	+/- 0,0%	-7,0%
5. Armutsgefährdungsquote <sup>3</sup> /Kinderarmutsquote <sup>4</sup>	23,0%/28,4%	20,5%/29,1%	18,4%/21,9%
6. Entwicklung Armutsquote 2005-2010	+23,7%	-4,2%	+1,7%
7. Wahlbeteiligung Kommunal-/Landtags-/ Bundestagswahl	46,4%/55,5%/68,7%	57,5%/71,4%	50,1%/55,8%/69,3%

Eigene Darstellung, Quellen Dortmund: 1: Agentur für Arbeit, Stand 2011; 2: Eigene Berechnung entsprechend der Zahlen der Agentur für Arbeit; 3/4/6: Schneider/Stilling/Woltering, 2011, Stand: Juli 2011; 5: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2010, Stand Mikrozensus 2009 und Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, Stand 2009; 7: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik, 2011; Quellen Bremen: 1: Agentur für Arbeit, Stand 2011; 2: Eigene Berechnung entsprechend der Zahlen der Agentur für Arbeit; 3/4/6: Schneider/Stilling/Woltering, 2011, Stand: Juli 2011; 5: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2010, Stand Mikrozensus 2009 bzw. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, Stand 2009; 7: Statistisches Landesamt Bremen, 2011; Quellen Nürnberg: 1: Agentur für Arbeit, Stand 2011; 2: Eigene Berechnung entsprechend der Zahlen der Agentur für Arbeit; 3/4/6: Schneider/Stilling/Woltering, 2011, Stand: Juli 2011; 5: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2010, Stand Mikrozensus 2009 bzw. Bertelsmann Stiftung, Wegweiser Kommune, 2009; 7: Statistisches Landesamt Bayern, 2011.

<sup>1</sup> bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

<sup>2</sup> Leistungen des Sozialgesetzbuch (SGB) II sind Arbeitslosengeld II und Sozialgeld; Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften an der Gesamtbevölkerung unter 65 Jahren.

<sup>3</sup> Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen gemessen am Bundesmedian. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

<sup>4</sup> Anteil der Kinder unter 15 Jahren im Leistungsbezug des SGB II (Sozialgeld)

**Tabelle 3: Indikatoren und Werte im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung**

	Dortmund	Bremen	Nürnberg
1. Beschäftigtenquote	44,7%	46,4%	50,6%
2. Erwerbsquote	66,5%	66,7%	66,8%
3. Erwerbsquote der Frauen	63,4%	64,8%	65,5%
4. Beschäftigtenanteil Sekundärer/ Tertiärer Sektor	19,5%/80,0%	26,5%/72,3%	24,7%/74,8%
5. Beschäftigtenanteil Industrie <sup>5</sup>	9,9%	17,5%	19,9%
6. Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	30.300€	42.100€	45.000€

Eigene Darstellung, Quellen: jeweils INKAR, 2010, Stand 2008.

**Tabelle 4: Indikatoren und Werte im Bereich kommunaler Aufgaben**

	Dortmund	Bremen	Nürnberg
1. Betreuungsquote unter 3-Jährige (mind. 4h)	20,7%/16,2%	19,3%/17,4%	15,7%/20,4%
2. Ganztagsbetreuungsquote unter 3-Jährige (mind. 7h)	12,5%/8,9%	12,8%/7,6%	6,2%
3. Betreuungsquote <sup>6</sup> 3-6-Jährige (mind. 4h)	98,3%/92,2%	103,2%/89,8%	92,4%/89,8%
4. Ganztagsbetreuungsquote <sup>7</sup> 3-6-Jährige (mind. 7h)	30,1%/27,7%	32,0%/20,9%	49,5%
5. Anteil an Schülern in Ganztägigen Angeboten im Primärbereich (Ganztagschule+Horte)	48%	46%	32%
6. Schulabgänger mit Hochschulreife/ohne Abschluss	29,7%/8,8%	33%/7,4%	24,4%/11,1%

Eigene Darstellung, Quellen: 1/2/3 und 4: Stadt Dortmund, Jugendamt, 2011, Stand 2010 / Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011, zit. n. Schwarzer, 2011: 73 ff., Stand 01.03.2010; 5: Stadt Dortmund, Familienprojekt, 2011, Stand: 2011; 6: Stadt Dortmund, Fachbereich Statistik, 2010: 21, Stand Schuljahr 2009/2010; Quellen Bremen: 1/2/3 und 4: Bremische Bürgerschaft Drucksache 17/684S; z. T. eigene Berechnungen auf dieser Datengrundlage / Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011, zit. n. Schwarzer, 2011: 73 ff., Stand 01.03.2010; 5: Bremische Bürgerschaft Drucksache 17/684S, Stand: Anfang 2011; 6: Statistisches Landesamt Bremen, 2011; Stand Schuljahr 2009/2010; Quellen Nürnberg: 1/2/3 und 4: Jugendamt Nürnberg, 2011/Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2011, zit. n. Schwarzer, 2011: 73 ff., Stand 01.03.2010; 5: Jugendamt Nürnberg, 2011; 6: INKAR, 2010, Stand: 2008

<sup>5</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Industrie je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter

<sup>6</sup> Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung je 100 Kinder in der gleichen Altersgruppe; jeweils zusammengefasst die Angebote der Kindertagesbetreuung und der -pflege

<sup>7</sup> Anteil der mehr als sieben Stunden täglich betreuten Kinder an allen Kindern in der gleichen Altersgruppe

**Tabelle 5: Armutsquoten und SGB II-Hilfequoten unter 3-Jähriger in deutschen Großstädten**

Stadt	Armutsquote am Bundesmedian 2011 in Prozent	Stadt	Hilfequoten nach dem SGB II der unter 3-Jährigen 2011 in Prozent
München	11,8	München	11,4
Hamburg	14,7	Stuttgart	12,9
Stuttgart	15,1	Dresden	19,9
Frankfurt	15,6	Hamburg	21,1
Düsseldorf	19,2	Düsseldorf	21,6
Nürnberg	19,6	Köln	21,6
Essen	19,8	Hannover	21,7
Dresden	20,0	Frankfurt	22,0
Köln	20,0	Nürnberg	22,1
Berlin	21,1	Leipzig	28,1
<b>Bremen</b>	<b>21,3</b>	Dortmund	30,8
Hannover	22,6	<b>Bremen</b>	<b>31,1</b>
Duisburg	23,5	Essen	31,8
Dortmund	24,2	Duisburg	32,4
Leipzig	25,0	Berlin	33,7

Eigene Darstellung, Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2012; Seils/Meyer 2012.